



Presseinformation



Ermöglicht durch das
Sozialbudget

Wiesbaden, 15. Februar 2016

820.000 Euro aus dem Hessischen Sozialbudget für die Kommunalisierung sozialer Hilfen im Main-Kinzig-Kreis

**Sozialminister Stefan Grüttner: „Verantwortungsvolle Sozialpolitik
für die Menschen gestalten“**

Wiesbaden. Mit insgesamt 19,2 Millionen Euro aus dem hessischen Sozialbudget unterstützt die Hessische Landesregierung soziale Angebote in den Landkreisen und kreisfreien Städten. „Die Mittel sind für nichtinvestive soziale Maßnahmen bestimmt“, erklärte Sozialminister Stefan Grüttner heute in Wiesbaden. „Von den Fördermitteln werden die Schuldnerinsolvenzberatungsstellen, Frauenhäuser, Schutzambulanzen, Notrufe, Interventionsstellen und Beratungsstellen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen gegen sexualisierte Gewalt, profitieren“, erklärte der Minister.

Die Verwendung dieser kommunalisierten Landesmittel wurde in entsprechenden Zielvereinbarungen zwischen dem Land Hessen, dem Landeswohlfahrtsverband Hessen und den einzelnen Gebietskörperschaften festgelegt. Der Main-Kinzig-Kreis erhält auf diesem Weg 820.260 Euro.

„Mit präventiven Maßnahmen wollen wir Armut und soziale Ausgrenzung vermeiden. Dazu werden wir die Angebote der Schuldnerberatung mit Landesförderung bedarfsgerecht ausbauen, um sie wieder zu einem festen Bestandteil der Armutsprävention zu machen. Ebenfalls möchten wir landesweit den Schutz von Frauen vor Gewalt weiter stärken. Hierzu gehört eine verbesserte Finanzierungssicherheit für Frauenhäuser und eine möglichst flächendeckende Versorgung mit Interventionsstellen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht,

unbeschwert aufzuwachsen und sich zu entwickeln. Manche Kinder und Jugendliche brauchen dafür den besonderen Schutz des Staates. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die Kleinsten unserer Gesellschaft vor Gewalt und Missbrauch zu schützen und Opfern zu helfen“, erklärte der Hessische Sozialminister.

Über die Verteilung der kommunalisierten Landesmittel entscheiden die Gebietskörperschaften jedoch eigenständig. „Das Sozialbudget ermöglicht es uns, auch über die nächsten Jahre eine verantwortungsvolle Sozialpolitik für die Menschen zu gestalten“, betonte Grüttner.
